

Rede Politischer Aschermittwoch 09.03.2011, Deggendorf

Kommunalpolitik Dr. Georg Meiski, FREIE WÄHLER Kreisvorsitzender

- es gilt das gesprochene Wort -

Liebe Freunde der politischen Kultur! Sie beweisen Mut! Trotz der Berichterstattung über einen Krieg in Deggendorf haben Sie sich nicht davon abhalten lassen, zu uns zu kommen. Hört ihr noch den Kanonendonner in weiter Ferne? Nein! Es herrscht gerade Gefechtspause und die Zelte werden nach Moos verlegt. Die Kriegsparteien wechseln das Waffenarsenal. Waren es anfangs einige bedeutungsschwangere Anspielungen, denen an Substanz nicht mehr als ein paar hundert Liter Freibier und Limonade für die Queen Anna Festivitäten folgten, demonstrieren jetzt die Kriegsparteien die eigene Stärke. Was geblieben ist, sind einige Bierleichen, ein genervtes Publikum und ein Staatsanwalt, der im Dunkeln stochert.

Auslöser des Ganzen war der Hinweis eines Brauereidirektors, wie oft seine Brauerei - gerade auch auf Bitte der OB - als Sponsor in Deggendorf auftrete. Er fügte an: „Ohne das zu vertiefen, wenn Beamte, Politiker oder Stadträte eine private Feier haben, rufen sie bei uns an.“ Das konnte mit böser Phantasie als der Wutausbruch eines enttäuschten Bestechers interpretiert werden. Es erinnerte ein wenig an ein Scheidungsverfahren, in dem ein Ehepartner nichts eiligeres zu tun hat, als dem Finanzamt einen Tipp zu geben, wie es der Steuerhinterziehung des anderen auf die Schliche kommt, nur um ihm eins auszuwischen. Der Wütende nimmt es dabei auch in Kauf, daß es auch zu eigenen Lasten geht. Die Bevölkerung hatte jedenfalls keine große Scheu, das Ganze als Korruption zu bezeichnen, wo sich Politiker, Beamte und Stadträte auf Kosten anderer bereichern und sich den Ranzen vollhauen. Was allerdings schockiert, ist die große Selbstverständlichkeit, mit welcher die Bevölkerung solche Verhaltensweisen auch erwartete. Um es auf den Punkt zu bringen: Das Ansehen der Kommunalpolitik ist auf den Hund gekommen und der Kommunalpolitiker im Ansehen der Bevölkerung eine weitere Spezies von Neppern, Schleppern, Bauernfängern. Der Bürger hat das Vertrauen in die Sachgerechtigkeit kommunaler Entscheidungen längst verloren, resigniert oder sucht nach anderen Wegen der Beteiligung. Das Ganze wird plakativ umschrieben als „Stuttgart 21“, und jeder weiß, was gemeint ist.

Für das verlorene Vertrauen in die Sachgerechtigkeit von kommunalpolitischen Entscheidungen muß es Gründe geben. Ich möchte hier nur drei herausgreifen.

Der erste ist der verbreitete Eindruck der Käuflichkeit politischer Entscheidungen. Dabei geht es nicht um die paar Biermarken, deren Entgegennahme den Kommunalpolitikern vorgeworfen wird. Es geht vielmehr um über Jahrzehnte gewachsene Strukturen des Gebens und des Nebens. Korruption ist auf Beständigkeit angewiesen, damit sich Investitionen in Entscheidungsträger auch lohnen. Diese müssen sich durchsetzen können, und wenn nicht

durch Überzeugung, dann zumindest durch Fraktionszwang. Daneben geht es um namhafte Beträge, die den Kommunen im Rahmen des sogenannten Sponsorings zufließen. Es hat sich eingebürgert, die Entgegennahme privater Zuwendungen als fiskalpolitisch erwünscht anzusehen. Das Sponsoring soll ein wichtiges Finanzierungsmittel zur Verwirklichung öffentlicher Projekte darstellen. Von der ursprünglichen Maxime, daß sich der Staat von Steuern, Abgaben und Gebühren zu finanzieren habe, hat sich der Staat weit entfernt. Aber auch hier gibt es kein Paradies ohne Schlange. Denn der Weg zwischen Fördern und Schmieren ist nicht sehr weit und die Differenzierung manchmal aus fiskalischen Gründen eher gekünstelt. Wer will den ernsthaft leugnen, dass derjenige, der eine Landesgartenschau sponsert, auch die Erwartung hat, auf ihre inhaltliche Ausgestaltung Einfluß zu nehmen. Glaubt jemand, die Betonlobby würde unsere Landesgartenschau sponsern, wenn sie zum Inbegriff der frei fließenden Donau wird? Wer will denn einem großen Sponsor einer Gemeinde einen lukrativen Auftrag verweigern? Das Sponsoring fördert die in der Bevölkerung zu Recht oder zu Unrecht verfestigte Ansicht, daß Geld und Ansehen so manche Türe in der Verwaltung zu öffnen hilft. Die Verbreitung von Sponsoring in der Kommunalpolitik schädigt somit das Ansehen in die Lauterkeit der Politik in demselben Maße, wie die Zulassung der Drittmittelwerbung das Vertrauen in die Freiheit der Wissenschaft schon längst geschädigt hat. Niemand von uns möchte von einem Chirurgen operiert zu werden, der nur deshalb das Messer in die Hand bekommen hat, weil er ein Meister im Anwerben von Drittmitteln ist. Genauso möchte niemand einen Bürger oder Unternehmen bevorzugt sehen, weil der Bürgermeister auf dessen Sponsoring angewiesen ist. Insgesamt ergibt sich ein Dreiklang aus Korruption, Sponsoring und Lobbyismus, dessen Auswirkungen in Anlehnung an Seehofer mit den Worten beschrieben werden können, daß diejenigen, die das Sagen haben, nicht gewählt sind, und diejenigen, die gewählt sind, nicht zu sagen haben.

Zuschußwesen

Der zweite Grund, der die Bürger an der Sachgerechtigkeit von kommunalen Entscheidungen zweifeln läßt, ist das Zuschußwesen. Welche Investitionen in einer Kommune getätigt werden, hängt allzu oft nicht mehr davon ab, ob eine Maßnahme sinnvoll ist, sondern ob sie gefördert wird. So befinden wir uns heute hier in einer Stadthalle, die Teil einer Landesgartenschau wird, die im Ergebnis auch keinen anderen Sinn hat, als Zuschüsse abzukassieren. Einer der bedeutendsten deutschen Städteplaner wendet sich schon seit 40 Jahren gegen den Unfug von Bundes- und Landesgartenschauen. Nach seinen Worten sind Gartenschauen die Provinz-Veranstaltungen als Ersatz für Weltmeisterschaften, Olympische Spiele, Expos und Kulturhauptstädte. Blumenschau + Kaffeefahrt für den Landfrauenbund und die Kegengesellschaft... Spiele für Mann und Frau aus dem Volke. Und die unwichtigen Politiker haben ein Thema, das sie in die Zeitung bringt. Damit lokale Kritik gar nicht aufkomme, gebe es Zuschüsse von oben. Fragt der Bürger, warum ein solcher Unfug gebaut wird, kommt die Antwort, daß es wegen der Zuschüsse die Gemeinde ja kaum etwas koste. Man könne doch nicht so dumm sein und den Zuschuß nicht abschöpfen. Doch wer zahlt die Zuschüsse und wer ist für die Gewährung verantwortlich? Diese Person ist weit weg und

wird von niemandem zur Verantwortung gezogen. Welcher Lobbyist für die Einrichtung des Fördertopfes gesorgt hat, bleibt verborgen. Die Dummen in diesem Spielchen sind wir Bürger, die die Steuergelder für diese Verschwendung erarbeiten müssen.

Ein Drittes, was den Unmut der Bürger begründet, ist die Art und Weise, wie die politischen Entscheidungen zustande kommen. An der Rechtmäßigkeit der Entscheidung für die Landesgartenschau oder den Stuttgarter Bahnhof zweifelt niemand. Die formalen Verfahren wurden eingehalten. Und trotzdem scheinen die Entscheidungen nicht auf dem Willen der Bevölkerung zu beruhen. Woran kann das liegen? Wenn man inhaltlich nicht weiterkommt fliehen unsere Politiker in das Verfahren. Die verlorene inhaltliche Legitimation wird ersetzt durch eine Legitimation, die auf dem Verfahren beruht, wie es Niklas Luhmann 1969 beschrieben hat. So sind tatsächlich moderne Verwaltungsverfahren geprägt durch Auslegungen, Anhörungen und Beteiligungen. Doch was nutzt die längste Anhörung, wenn es niemanden interessiert, was dort gesagt wird? Was hat es für einen Sinn, wenn die Bevölkerung die Argumente auf den Punkt bringt, die gegen eine Kanalisierung der Donau sprechen, wenn all diese Argumente anschließend durch ein auch noch von der Bevölkerung teuer bezahltes Bestellgutachten beiseite gewischt werden? Das ganze Verfahren ist für die Katz, wenn vorher ohnehin schon feststeht, was hinten herauskommt. Wen wundert es da, wenn die Bevölkerung dieser Art der Politik nicht mehr vertraut und resigniert?

Ein vernichtendes Urteil über einen Kommunalpolitiker lautet, er sei ein Nein-Sager. Das bedeutet in etwa so viel, daß er uns immer das Spielzeug kaputt macht und an einer Hyperaktivitätsstörung leidet. Dabei dürfte eine derartige Bewertung eigentlich verwundern, wo wir uns doch des Öfteren in der Geschichte mehr Nein-Sager gewünscht hätten. Das Entscheidende ist doch nicht, ob jemand ja oder nein sagt, sondern das Argument, mit dem er die Diskussion befruchtet. Im Übrigen bedeutet jedes Ja ein Nein und ein Nein ein Ja für etwas anderes. Wer zum Beispiel ja sagt zur Kanalisierung der Donau, sagt auch ja dazu, Niederbayern auf die Bedeutung eines Transitlandes zu reduzieren, um das Geschäft der Schiffer aus dem Balkan oder Holland zu erleichtern. Zugleich sagt er nein, zu einer zukunftsfähigen Anbindung Niederbayerns an die Entwicklungszentren um uns herum, an München, Linz, Prag oder den Flughafen. Er sagt nein zu einer leistungsfähigen Breitbandversorgung und einer attraktiven Umwelt, die High-Tech Unternehmen zu einer Ansiedlung bei uns animiert. Für das eine und das andere reicht das Geld bei weitem nicht. Wir wollen uns aber nicht auf die Funktion degradieren lassen, nur anderen Regionen zu dienen, sondern kämpfen für gleichwertige Lebensbedingung in allen Regionen.

Wenn es dann den Kommunalpolitikern besonders peinlich wird, muß eine besondere Waffe her: Die Geheimhaltung! Hier soll das Demokratieprinzip zurücktreten zugunsten eines diffusen Geheimhaltungsbedürfnisses, das sich bei näherem Hinsehen oftmals als ein Schutz des Kommunalpolitikers vor der Öffentlichkeit entpuppt. Der öffentlichen Kontrolle wurden ganze Politikbereiche entzogen, indem die Verwaltung formal als GmbH organisiert wurde, wo angeblich grundsätzlich Verschwiegenheit gilt. Dabei schützt nichts so wirksam vor

Begehrlichkeiten wie die Transparenz. Sie drängt uns auch, Prozesse immer wieder zu verbessern.

Was ist zu tun?

Wenn wir das Vertrauen in die Kommunalpolitik wieder herstellen wollen, müssen wir davon Abstand nehmen, staatliches Handeln privat finanzieren zu lassen. Die beste Vorbeugung gegen Korruption ist größtmögliche Öffentlichkeit und Transparenz. Der Bürger muß verstehen können, warum eine Entscheidung getroffen worden ist. Das Zuschußwesen gehört abgeschafft und die Mittel in ein System umgeleitet, daß den Kommunen eine wirkliche wirtschaftliche Eigenverantwortung sichert. Aber das Wichtigste ist das Auftreten des Bürgers selbst. Es hat wenig Sinn, sich nur hinsichtlich einzelner Aufreger zu engagieren. Wer für sich in Anspruch nimmt, ein selbstbestimmter Bürger zu sein, muß auch für die Voraussetzungen dieser Selbstbestimmung eintreten. Kommunalpolitiker als korrupt zu bezeichnen, sich selbst aber für jede kommunalpolitische Tätigkeit zu fein zu sein, geht nicht auf. Sie alle haben es richtig gemacht, indem Sie mit ihrer Anwesenheit hier in der Halle zeigen, daß Politik uns alle angeht. Werben Sie Ihre Mitbürger für dauerhaftes politisches Engagement. Politik betrifft das Schicksal aller. Nehmen wir es gemeinsam in die Hand. Dann muß uns um unsere Zukunft nicht bange sein.